

SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Die Neuen an der Spitze

Was die Generalsekretäre Dieter Mayr
und Donatella Califano weiterbringen wollen





IMPRESSUM

**SOLIDARITÄT
SOLIDARIETÀ**

Zeitschrift des SGBCISL

Siemensstraße 23
39100 Bozen
Tel. 0471 568 401
Fax 0471 568 403
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht

Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977
Presserechtlich verantwortlich:
Florian Kronbichler
ROC-Eintragung Nr. 22308
vom 19.1.2012

Druck:

Tip. Tezzele by Esperia, Bozen

Redaktion:

Tila Mair, Donatella Califano,
Omar Covi, Michaela Grasberger,
Josef Untermarzoner,
Armin Pircher, Sandro Fraternali

Kontakt:

armin.pircher@sgbcisl.it
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen
Tel. 0471 568 402



Leitartikel

Demokratie ausüben, Demokratie achten! | Jeder von uns steht in der Verantwortung3



Arbeit und Gesellschaft

Frauenthemen weiterbringen 4

Thema

SGBCISL-Spitze neu gewählt5

Interview mit Dieter Mayr 6

Interview mit Donatella Califano 7

Politik und Wirtschaft

PNRR in Südtirol – Chance vertan! 8

Standpunkt

Steuern: Fakten und Mythen 9

Fachgewerkschaften

Gut begonnen ist halb gewonnen 10

Delegiertentreffen zum Schulbeginn 11

Arbeit und Forschung

25 Jahre AFI, die Forschungseinrichtung für ArbeitnehmerInnen12

Aus den Bezirken

Family Support – eine wertvolle Unterstützung für frischgebackene Familien 13

Unser Blick auf Neumarkt 14

Wiederverwenden und Reparieren im Eisack- und Pustertal 15

Service & Patronat

Das neue einheitliche Familiengeld kommt... 16-17

Vermischtes

Konsumentenrubrik 18

Kultur & Freizeit

Freizeitverein „ETSI provinciale Aps“ - Jetzt wirklich zweimal in Bozen 19

Zu guter letzt

Solidarität für 20



Dieter Mayr
SGBCISL-Generalsekretär

Demokratie ausüben, Demokratie achten!

Der Sommer ist zu Ende und noch immer beherrscht Corona unser aller Leben. Viele Menschen sind müde von dieser Pandemie, sie möchten wieder Normalität, bei der Arbeit, in Schule und Kindergarten, uneingeschränkt reisen und Feste feiern dürfen. Wir als SGBCISL unterstützen in diesem Sinne all jene Maßnahmen, die uns dieser Normalität näherbringen. Die Maßnahmen werden derzeit heiß diskutiert.

Wir leben in einer Demokratie, es ist selbstverständlich, dass die eigene Meinung geäußert werden kann und man nicht mit allen Maßnahmen einverstanden sein muss. Es braucht aber einen respektvollen Umgang miteinander. Leider werden die Töne, nicht erst seit Corona, mit der Zeit immer rauer und extremer. Die Aggressivität mancher geht zu weit, es kommt nun auch immer wieder zu tätlichen Übergriffen. Das kann es nicht sein. Eine Demokratie lebt vom Dialog, von der Suche nach Lösungen und Kompromissen. Zu den Regeln einer demokratischen Gesellschaft gehört es auch, getroffene Entscheidungen zu akzeptieren.

Bedienen wir uns der demokratischen Instrumente und nutzen wir diese in respektvoller Art und Weise. Von einer Diktatur oder einem totalitären Regime sind wir weit entfernt, da brauchen wir uns nur in der Welt umsehen: Es gibt sie, die Diktaturen. Bei uns zum Glück nicht.

Dieter Mayr



Donatella Califano
SGBCISL-Generalsekretärin

Jeder von uns steht in der Verantwortung

In diesen Tagen werden ermutigende Daten verbreitet, was die Erholung der Wirtschaft und ein steigendes Bruttoinlandsprodukt anbelangt. Das sind gute Neuigkeiten, auch wenn die Daten mit Vorsicht zu betrachten und in einem breiteren Kontext zu sehen sind. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass Wirtschaftswachstum allein nicht reicht, um Wohlstand für alle zu sichern, wenn nicht gleichzeitig Ressourcen gerecht verteilt werden.

Die Pandemie hat Ungleichheiten verschärft und neue, sehr beunruhigende Spannungen in der Gesellschaft hervorgerufen. Die Gewerkschaft hat hierbei die Aufgabe, Werte wie sozialen Zusammenhalt und Dialog hochzuhalten, eine treibende Kraft für neue Instrumente sozialer Teilhabe zu sein und für politische Maßnahmen einzutreten, die auf die Bedürfnisse und Anliegen der Schwächsten in der Gesellschaft ausgerichtet sind.

Es ist in der Verantwortung von jedem von uns seinen Beitrag zu leisten, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen, damit wir rasch zur Normalität zurückkehren können, angefangen beim Bildungswesen, einem wichtigen Baustein für unsere Zukunft.

Donatella Califano

Frauenthemen weiterbringen

Der Beirat für Chancengleichheit setzt sich derzeit mit einem Maßnahmenpaket für die Förderung der Frauenbeschäftigung sowie für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen ein.



Am 1. September haben die Mitglieder des Beirates für Chancengleichheit Landeshauptmann Arno Kompatscher, der auch für Gleichstellung zuständig ist, getroffen, um Vorschläge und Ideen in verschiedensten Bereichen vorzubringen:

- › Gewalt gegen Frauen,
- › Vereinbarkeit Familie und Arbeit,
- › Bildung und Arbeitsmarkt,
- › Rolle und Vertretung der Frau in der Gesellschaft.

In Vertretung der Gewerkschaften hat Donatella Califano, Vizepräsidentin des Beirats für Chancengleichheit, beim Treffen gemeinsam mit Gleichstellungsrätin Michela Morandini ein Maßnahmenpaket vorgebracht. Dieses war zuvor bereits der Landesarbeitskommission anlässlich der Erstellung des Beschäftigungsplans für den Zeitraum 2020 – 2024 vorgestellt worden. Die Maßnahmen zielen auf die Förderung der Frauenbeschäftigung und auf die Qualität der Arbeit ab.

Die Maßnahmen betreffen die folgenden Themenbereiche:

- › Berufliche Orientierung, mit dem Ziel, den Zugang von Frauen zu Berufen und Spitzenpositionen zu fördern, die üblicherweise von Männern geprägt bzw. besetzt werden,
- › Weiterbildungsangebote für Lehrpersonal und ErzieherInnen zum Themenbereich Diversität und Geschlechterdiskriminierung,
- › Mentoringprogramme in der Berufsbildung und in den Universitäten,
- › Unterstützung für Mütter für den Besuch von Weiterbildungsmaßnahmen,
- › Unterstützungsmaßnahmen für das weibliche Unternehmertum,
- › Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf – Ausbau des Angebots an Kinderhorten und Betreuungs- bzw. Pflegeeinrichtungen,
- › Weiterbildungen für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen über 50 Jahren.

Landeshauptmann Kompatscher hat nach der Aussprache erklärt, die vorgestellten Vorschläge im Zuge der Ausarbeitung des Nachhaltigkeitssozialplans und des Aktionsplans für Chancengleichheit zu berücksichtigen.

Info: Landesbeirat für Chancengleichheit

Dieser Beirat ist als beratendes Organ der Landesregierung in Sachen Geschlechtergleichstellung und Frauenförderung eingerichtet worden. Ziel ist die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen.

Zu den Aufgaben und Tätigkeitsfeldern des Beirats zählen u.a. die Unterstützung von Projekten zur Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Frau und Mann bzw. zur Förderung der Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, und die vielfältige Informations- und Sensibilisierungsarbeit. Bekannt sind u.a. die Zeitschrift Eres sowie die Kampagnen zum Equal Pay Day, zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen oder zum 8. März, Tag der Frau.

SGBCISL-Spitze neu gewählt

Dieter Mayr und Donatella Califano als Generalsekretäre sowie Sandro Fraternali und Walter Gasser als Sekretariatsmitglieder: so lautet die neugewählte SGBCISL-Führung.



Das neue Landessekretariat: Sandro Fraternali, Dieter Mayr, Donatella Califano und Walter Gasser

Am 9. Juni 2021 hat der Generalrat ein neues Landessekretariat gewählt und dabei **Dieter Mayr** und **Donatella Califano** als Generalsekretäre bestimmt.

In das vierköpfige, nach Sprachgruppen paritätisch besetzte Landessekretariat wurden zudem **Sandro Fraternali** und **Walter Gasser** gewählt. Fraternali war zuvor Landessekretär der Schulgewerkschaft, Gasser war für den Bezirk Meran/Vinschgau verantwortlich. Beide sind erstmalig im Landessekretariat, Mayr und Califano hingegen sind bestätigt worden.

Die Neuwahl war notwendig geworden, weil der scheidende

Generalsekretär **Michele Buonerba** die Mandatsgrenze erreicht hatte und deshalb zurückgetreten ist. Aus demselben Grund ist auch **Anton von Hartungen** aus dem SGBCISL-Landessekretariat ausgeschieden.

Der nächste wichtige organisationspolitische Moment für den SGBCISL ist der Landeskongress, der im Frühjahr 2022 stattfinden wird.

Die Arbeitsschwerpunkte

Gerade angesichts der tiefgreifenden Veränderungen und der schwerwiegenden Folgen der Covid-Pandemie ist die Gewerkschaft als Interessenvertretung gefordert. Der Einsatz des neuen Landessekretariats gilt dabei weiterhin dem Ausbau der sozialen Absicherung, besseren Wiederbeschäftigungsmöglichkeiten, mehr Verteilungsgerechtigkeit, der Weiterentwicklung der Vertragsverhandlungen auf allen Ebenen, der Aus- und Weiterbildung sowie der Qualität der gewerkschaftlichen Betreuung der Mitglieder.

Auf der Agenda stehen diese Themen bzw. Ziele:

- › Einsatz für eine gerechte Umverteilung der Ressourcen und des Wohlstandes
- › Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Weiterbildung für bessere Wiederbeschäftigungschancen)
- › Bekämpfung unterbezahlter Arbeit und schlechter Arbeitsbedingungen
- › Verbesserung des öffentlichen Gesundheitswesens,
- › Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bezahlbares Wohnen.



„Die Qualität der Dienste für die Mitglieder liegt mir am Herzen. Sie sollen weiterhin gut betreut werden. Dazu zählt auch, uns entsprechend aufzustellen, und die Mitglieder klar und verständlich darüber zu informieren, wem welche Leistungen zustehen, und an wen sie sich wenden können.“

Walter Gasser

„Ich bin überzeugt, dass der Weg zur Qualität der gewerkschaftlichen Arbeit und der angebotenen Dienstleistungen vor allem über spezifische Fortbildungen führt. Weiterbildung wird daher einer meiner Arbeitsschwerpunkte sein.“

Sandro Fraternali



Wichtige Kernthemen weiterverfolgen

Dieter Mayr ist im Juni als Generalsekretär im Amt bestätigt worden. Er zeigt im Gespräch einige gewerkschaftlichen Ziele auf und bekräftigt die Wichtigkeit des Sozialstaates und von Vertragsverhandlungen. Inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem die Digitalisierung und der Pakt für Südtirol.

Du bist nun bereits seit 2015 im Landessekretariat. Welche neuen Akzente möchtest du setzen?

Eine neue Herausforderung ist die Digitalisierung, die vor der Gewerkschaft nicht Halt macht. Auch die Gewerkschaft muss digital fit und gerüstet sein, um die Mitglieder bestmöglich vertreten zu können.

Welches gewerkschaftliche Ziel ist dir besonders wichtig?

In den letzten Jahren haben wir am Pakt für Südtirol gearbeitet. Es geht darum, Abkommen abzuschließen, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Wir haben bereits einiges umgesetzt, etwa die IRAP-Reduzierung nur für jene Unternehmen, welche die Kollektivverträge vollinhaltlich anwenden. Mit dem Ausbau des Solidaritätsfonds ist dieser Weg weitergegangen worden. Nun müssen wir am Pakt weiterarbeiten nach dem Prinzip: Wer sich nicht an die Regeln hält, darf keine öffentlichen Aufträge, keine öffentlichen Beiträge und keine Steuererleichterungen erhalten.

Was kann die Gewerkschaft aus der Pandemie lernen?

Dass wir uns weiterhin für ein funktionierendes Gesundheitswesen, für gute Arbeit und ein qualitatives Bildungssystem einsetzen müssen. Das sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Gerade die Coronakrise hat viele Fehler im System offengelegt, Mängel im öffentlichen Gesundheitswesen, prekäre Arbeit,

schleichender Sozialabbau, fehlende Investitionen in Digitalisierung. Der freie Markt regelt nicht alles, im Gegenteil, es braucht ausgleichende Maßnahmen. Letztendlich ist die Bewältigung der Coronakrise dem so oft verpönten Sozialstaat zu verdanken.

Ein zweiter Punkt betrifft den Umgang mit Meldungen, vor allem mit Fake-News. Es ist bedenklich, wie gespalten die Gesellschaft zurzeit ist und wie die Standpunkte verhärtet sind. Wir als Gewerkschaft müssen lernen, damit umzugehen und den Menschen Orientierungshilfen zu bieten.

Welche Möglichkeiten bietet uns die Autonomie, den Arbeitsmarkt in Südtirol mitzugestalten?

Wir müssen die Autonomie ausbauen, auch in der Arbeitsmarktpolitik, wo das Land Zuständigkeiten hat. 2020 haben das Land und die Sozialpartner die Grundlage für eine effiziente Arbeitsvermittlung geschaffen. Über den Solidaritätsfonds haben die Sozialpartner die Möglichkeit, den Lohnausgleich auszubauen und aktive Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. So haben wir heuer den ordentlichen Lohnausgleich auch auf Kleinbetriebe ausgedehnt und die Altersteilzeit beschlossen. Beim Arbeitsrecht hat Südtirol zwar keine Zuständigkeiten, trotzdem können wir über Zusatzverträge Spielräume nutzen, auch auf der Einkommenseite. ArbeitnehmerInnen müssen von ihrem Lohn gut leben können, und dürfen nicht von Beiträgen abhängig sein.

Homeoffice hat Covid-bedingt

einen Aufschwung erlebt. Wie siehst du dies aus gewerkschaftlicher Sicht?

Die neuen Arbeitsformen wie Smart Working werden eine immer wichtigere Rolle spielen. Das war vor Corona schon klar. Wichtig ist, dass es

für Arbeiten von Zuhause klare Spielregeln gibt. Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer müssen klar definiert sein, von den Arbeitszeiten über die Arbeitsmittel wie Computer und

Internetverbindung bis hin zur Gesundheit am Arbeitsplatz. Diese neuen Arbeitsformen können eine Chance für ländliche Gegenden sein, wenn sogenannte Working-Spaces (gemeinsame Arbeitsräume Anm.d.R.) beispielsweise in Vereinshäusern eingerichtet werden, die von verschiedenen Betrieben oder Beschäftigten genutzt werden können.

Du bist AFI-Präsident. Laut einer AFI-Umfrage halten die Arbeitnehmer die Kluft zwischen reich und arm in Südtirol für groß. Was tun?

Die Ungleichheiten sind tatsächlich größer geworden, nicht nur in Südtirol. Wir müssen unsere Möglichkeiten auf der zweiten Verhandlungsebene nutzen, um die Löhne an die hohen Lebenshaltungskosten anzugleichen. Zweitens ist das Wohnungsproblem zu lösen und dafür braucht es ein gutes Wohnbauförderungsgesetz. Drittens müssen wir eine Sozialpolitik weiterbringen, die zielgenau jene unterstützt, die wirklich bedürftig sind.

Wichtig ist, dass es für Arbeiten von Zuhause klare Spielregeln gibt. Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer müssen klar definiert sein



Dieter Mayr

Sicherheit, Soziales und Solidarität im Vordergrund

Im Juni ist Donatella Califano zur neuen SGBCISL-Generalsekretärin gewählt worden. Im Interview spricht sie über den Einsatz der Gewerkschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, für leistbares Wohnen und bessere Arbeitsbedingungen.

Nach sechs Jahren steht wieder eine Frau an der Spitze des SGBCISL. Was bedeutet das?

Ich denke, dass es ein wichtiges Signal ist, es gibt immer noch sehr wenige Frauen in Spitzenpositionen. Frauen in gewerkschaftlichen Führungspositionen sind eine Garantie, dass die Gewerkschaft, in meinem Fall das Landessekretariat, sich der Themen und Probleme der Frauen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft allgemein annimmt.

Welches gewerkschaftliche Ziel liegt dir besonders am Herzen?

Der Gewerkschaft muss es gelingen, die Menschen, die von den neuen Arbeitsformen betroffen sind, besser zu vertreten und zu schützen. Es braucht neue Absicherungen, eine neue Art der Vertragsverhandlungen, die den veränderten Anforderungen und Arbeitsweisen ebenso Rechnung tragen wie den Arbeitsumfeldern und den Entlohnungen. Der Wandel geht schnell vonstatten, und die Gewerkschaft schafft es noch nicht, gleich schnell zu reagieren.

Die Pandemie ist ein einschneidendes Ereignis. Welche Erkenntnisse kann die Gewerkschaft daraus ziehen?

Die Pandemie hat die bestehenden Ungleichheiten noch mehr verdeutlicht und die Schwächen unseres Systems offengelegt. Die Gewerkschaft hat wiederentdeckt, wie wichtig es ist, in Menschen und soziale Beziehungen zu investieren. Zudem haben wir eine weitere Bestätigung dafür, dass es unerlässlich ist, das Netz der sozialen Absicherungen auszubauen und zu stärken.

Du warst jahrelang Präsidentin des Mieterschutzes. Wie wird Wohnen leistbarer?

Dieses Problem ist sehr komplex. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, auch auf dem

Privatmarkt, um den steigenden Bedarf decken zu können. Anzusetzen ist auf mehreren Ebenen. Es braucht Wohnungen mit einer Preisdeckelung, eine Überarbeitung des Urbanistik-Gesetzes und mehr Flächen für die Deckung des Grundwohnbedarfs. Es ist notwendig, leerstehende Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen, auch über eine höhere Besteuerung ungenutzter Immobilien. Wir müssen auch die kurzfristige touristische Vermietung eindämmen und spezifische Unterstützungen für Jugendliche und all jene Personen vorsehen, die ein geringes Einkommen haben, obwohl sie in Vollzeit arbeiten.

Die Coronakrise wird sich auch auf den Landeshaushalt negativ auswirken. Was steht uns da bevor?

Es wird mehr denn je darauf ankommen, dass die Gewerkschaft über die Verteilung der öffentlichen Ressourcen wacht und sie nach dem Gerechtigkeitsprinzip mitsteuert. Wir erwarten, dass es trotz einer Überarbeitung des Landeshaushalts gelingen wird, die Zuteilung der Mittel nach dem Prinzip der Bedürftigkeit

und im Sinne der Solidarität zugunsten der Schwächeren auszurichten.

Es wird mehr denn je darauf ankommen, dass die Gewerkschaft über die Verteilung der öffentlichen Ressourcen wacht und sie nach dem Gerechtigkeitsprinzip mitsteuert

Deshalb ist es auch wichtig, die Gelder des Aufbauplans PNRR für die Entwicklung von Mobilitätsinfrastruktur, für Bildung, für das Sozial- und Gesundheitswesen sowie für die grüne und digitale Transition

zweckzubinden.

Belastungen am Arbeitsplatz, Mobbing, Arbeitsschutz: Was kann die Gewerkschaft hier unternehmen?

Das ist ein Kernthema der Gewerkschaft. Wir haben das im Juni verabschiedete Anti-Mobbing-Gesetz vorangetrieben und mitgestaltet. Wir stehen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit arbeitsrechtlichem Beistand und Beratung zur Seite, wenn es Konflikte oder Diskriminierungen am Arbeitsplatz gibt, und sind überzeugt, dass diese Art von Betreuung durch die Gewerkschaft immer wichtiger wird. Obwohl während der Pandemie weniger gearbeitet wurde, ist die Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle nicht zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 2021 hat das INAIL deren 538 verzeichnet, das sind 3 pro Tag. Wir fordern vom Land weiterhin mehr Arbeitsinspektoren und verstärkte Kontrollen, es braucht aber auch Weiterbildungen und die Förderung des Bewusstseins für die Wichtigkeit der Arbeitssicherheit, sei es bei Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmern. Schließlich sollten die Einnahmen aus Strafen in diesem Bereich verwendet werden, um Präventionsmaßnahmen zu finanzieren.



Donatella Califano

PNRR in Südtirol – Chance vertan!

Über den milliardenschweren nationalen Aufbau- und Resilienzplan PNRR soll die Coronakrise überwunden und der Neustart finanziert werden – in Südtirol ohne aktive Beteiligung der Gewerkschaften.

Foto: @by-studio - stock.adobe.com



248 Milliarden Euro. Das ist die Summe, mit der Italien für den Wiederaufbau nach der Coronakrise von der Europäischen Union rechnen kann. Über den Aufbauplan PNRR werden Geldmittel für Projekte bereitgestellt, die darauf abzielen, die Folgen der Coronakrise zu überwinden und den Neustart anzukurbeln.

Es gibt sechs Interventionsfelder:

1. Digitalisierung und Innovation,
2. Grüne Revolution und ökologischer Wandel,
3. Infrastrukturen für eine nachhaltige Mobilität,
4. Bildung und Forschung,
5. Integration und sozialer Ausgleich, Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter,
6. Gesundheit.

Auf gesamtstaatlicher Ebene haben die Gewerkschaften die geforderte Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeit erhalten. Wichtige gewerkschaftliche Ziele sind die Sicherung der Arbeit, die Bekämpfung der prekären Beschäftigung sowie berufliche Weiterbildungsprogramme. Ein Teil der für Italien vorgesehenen Gelder fließt auch nach Südtirol, über 2,4 Milliarden Euro. Das Land hat hierfür 47 Projekte in verschiedensten Bereichen eingereicht. Die

Gewerkschaften wurden dabei aber nicht miteinbezogen. So erscheinen uns manche Vorhaben nicht wirklich nachvollziehbar: Die Sanierung der Gärten von Schloss Trauttmansdorff fällt unter das Handlungsfeld Grüne Revolution, eine Wirtschaftsförderung und Markenkampagne unter das Handlungsfeld Integration und sozialer Ausgleich.

Laut Landespresseamt fließen die ersten Finanzmittel aus dem Aufbaufonds bereits. Demnach seien dem Land folgende Projektfinanzierungen zugewiesen:

- › 36,7 Millionen Euro im Gesundheitsbereich;
- › 33,2 Millionen Euro für den ökologischen Wandel (davon 18 Millionen Euro für den sozialen Wohnbau und knapp 8,6 Millionen Euro für die Anschaffung von umweltfreundlichen Bussen);
- › sowie 9,2 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte und eine nachhaltige Mobilität.

Kürzlich ist eine Steuerungsgruppe eingerichtet worden, die die Projekte auf Landesebene koordinieren und begleiten soll. Neben Landeshauptmann Arno Kompatscher gehören VertreterInnen der Landesverwaltung wie Generaldirektor Alexander Steiner, Generalsekretär Eros Magnago und Ressortdirektoren dieser Steuerungsgruppe an. Es hat den Anschein, als ob eine Einbeziehung der Sozialpartner nicht erwünscht sei. Damit ist in Südtirol eine große Chance vertan, die Interessensvertretungen bei einem derart wichtigen Plan miteinzubeziehen.

Dieter Mayr

„Für den Neustart, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“



Die Gewerkschaften haben im Juli über eine gesamtstaatliche Kampagne mit drei Kundgebungen in Bari, Florenz und Turin öffentlichkeitswirksam ihre Vorschläge und Forderungen in Richtung Regierung vorgebracht.

Neben dem Entlassungsstopp ging es den Gewerkschaften auch um bessere soziale Absicherungen und neue arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt war und ist der Aufbauplan PNRR: Schutz und Qualität der Arbeit, Bekämpfung der prekären Beschäftigung. Umsetzung eines beruflichen Weiterbildungsplans angesichts der wirtschaftlichen und digitalen Veränderungen in der Arbeitswelt.



Steuern: Fakten und Mythen

Ein Staat braucht Einnahmen. Er muss ja öffentliche Güter bereitstellen. Also muss er den Bürgern etwas wegnehmen. Das ist der wichtigste Grund, warum es Steuern braucht. Der zweite ist nicht minder wichtig: Er kann damit etwas steuern. Steuern sind schon auch zum Steuern da. Das heißt, der Staat kann zum Beispiel dafür sorgen, dass Einkommen und Vermögen gerechter verteilt werden. In der Geschichte ist das immer mit die wichtigste Aufgabe von Staaten gewesen. In der Corona-Krise haben die Staaten viel Geld in die Hand genommen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise einigermaßen abzufedern. Noch ist die Pandemie nicht ausgestanden und schon wird der Ruf nach Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende laut. In Italien, in Österreich, in der Bundesrepublik, in Frankreich zum Beispiel versuchen Mitte-Rechts-Parteien die öffentliche Meinung in diese Richtung zu beeinflussen.

Nobelpreisträger Paul Krugman dürfte in Sachen Ökonomie einer der originellsten Denker weltweit sein. Vor einem Monat hat er in einem langen Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ zum Themenkomplex Steuern Stellung bezogen.

Krugman erinnert an die Situation in den Vereinigten Staaten, wo eine wichtige gesellschaftliche Gruppe seit langer Zeit meint, es wäre gut für alle, wenn man die Reichen noch reicher macht. Populär sei diese These in der Zeit der Präsidentschaft von Ronald Reagan geworden. Man braucht nur die Steuern für Reiche zu senken, dann wird das auch den Armen helfen, weil immer etwas nach unten durchsickert. Dass niedrigere Steuersätze Reiche animieren würden, mehr zu investieren, also mehr zu tun, ist eine Legende, kontert der Ökonom. Nichts sickert durch. Die Theorie, dass man etwas für normale Arbeiter tut, indem man die Steuern für Vielverdiener senkt, sei nicht zu halten.

Mit Steuern kann der Staat steuern. Er kann zum Beispiel gegen die extreme Ungleichheit jener Vermögen vorgehen, die vererbt werden. Damit bin ich beim Thema Erbschaftssteuer. Sie ist ein wichtiger Baustein im Steuersystem. Die Erbschaftssteuer ist ein Beitrag zur Herstellung sozialer Gleichheit. Warum wohl? Je höher das Einkommen, desto größer die Chance auf eine Erbschaft und desto üppiger das Erbe. Ein Großteil der Erben ist wegen des Freibetrages ja ohnehin geschont. Zur

Debatte stehen lediglich die wirklich großen Erbschaften. Die Gegner der Erbschaftssteuer sehen in ihr vor allem eine Verletzung des Leistungsprinzips, weil die Besteuerung des Erbes nachträglich die Leistung des Verstorbenen angreife. Stimmt nicht, kontern die Befürworter der Steuer. Erbschaften sind für die Erben in der Regel leistungsloses Einkommen. Nicht die Forderung nach Erbschaftssteuer spaltet, sondern die Ungleichheit der Vermögen, die vererbt werden.

Josef Stricker

Gut begonnen ist halb gewonnen

Gut altern betrifft nicht nur ältere Menschen.

Ältere Menschen, und die Werte, die sie vertreten, stellen ein wichtiges soziales Kapital dar, welches sehr zur zivilgesellschaftlichen Weiterentwicklung des Landes beitragen kann. Für einen wesentlichen Teil der Gesellschaft ist „das Alter“ immer noch mit negativen Stereotypen und sozialer Ausgrenzung behaftet. Es braucht also ein „neues“ Bewusstsein, welches das Bild des „Alt-Seins“ als letzten, wenig wünschenswerten



Foto: © hailey_copter - stock.adobe.com

Lebensabschnitt umkehrt. Die traditionelle Unterteilung der menschlichen Existenz in genau definierte und bewertete Lebensphasen muss überwunden werden. Vielmehr geht es darum, sich an die Kontinuität als Grundprinzip der Evolution zu gewöhnen, an die Einzigartigkeit des Lebensweges, jenseits von Verallgemeinerungen und/oder vorbestimmten Kategorisierungen.

Die derzeitigen gesellschaftlichen Umwälzungen, vom demografischen Wandel bis zur Langlebigkeit, erfordern es, in ein „neues Bewusstsein des Alt-Seins“ zu investieren, das dauerhaft zu einem individuellen

Wohlbefinden und zu mehr sozialem Zusammenhalt führt. Es gilt, innovative „altersbezogene Maßnahmen“ zu setzen, die allen Altersschichten würdevolle Lebensbedingungen garantieren und Rollen zuerkennen, welche den Fähigkeiten, Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechen, ohne Diskriminierungen oder sogar Gegensätze.

Die vier Südtiroler Rentnergewerkschaften haben gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Volontariatsorganisationen lange an einem Rahmengesetz für das aktive Altern und für generationenübergreifende Beziehungen gearbeitet. Landeshauptmann Arno Kompatscher hat den ausgearbeiteten Vorschlag an Landesrätin Waltraud Deeg weitergeleitet, deren MitarbeiterInnen den Entwurf überarbeitet und verbessert haben. Im August 2020 hat sich Deeg mit den Rentnergewerkschaften und Volontariatsorganisationen getroffen, im Oktober 2020 den Landesgesetzentwurf in groben Zügen der Presse vorgestellt. Nach fast einem Jahr, beim Treffen vom 5. August 2021, um welches wir einige Male angefragt hatten, hat die Landesrätin die Verspätung damit begründet, dass der Landesgesetzentwurf seit 8 Monaten von der Anwaltschaft des Landes begutachtet wird. Schlussfolgerung: Es gibt noch keinen zeitlichen Rahmen für die Verabschiedung des Gesetzes. Zudem müssen noch Durchführungsbestimmungen erlassen werden und ein entsprechender Fonds eingerichtet werden, der die Geldmittel für die Finanzierung der Projekte und Vorhaben bereitstellt,

die ansonsten Gefahr laufen, reine Absichtserklärungen zu bleiben.

Warum brauchen wir ein solches Gesetz? Um die Einstellung gegenüber älteren Menschen zu ändern und um das Prinzip zu bekräftigen, dass das gute Altern nicht im fortgeschrittenen Alter anfängt, sondern bereits in jungen Jahren, mit richtigen Lebensstilen, mit Entscheidungen, die – soweit möglich - die Veranlagungen und Motivationen sowie die Möglichkeiten verschiedener Lebenswege für ein aktives Altern in Würde fördern. Es ist wichtig, frühzeitig den Folgen einer alternden Bevölkerung zu begegnen, zum Wohle des Einzelnen, aus gesellschaftlicher Sicht und im Hinblick auf die längerfristige Finanzierbarkeit unseres Sozial- und Gesundheitswesens. Weiterbildung, Teilhabe am sozialen Leben, Pflege von Beziehungen im eigenen Umfeld, generationenübergreifender Austausch, Kenntnisse im digitalen Bereich: all dies ist wichtig und kann dazu beitragen, den geistigen und körperlichen Alterungsprozess zu verlangsamen.

Mit Unterstützung der Gewerkschaftsbünde gilt es, ein Modell des Zusammenlebens und gegenseitiger Unterstützung zwischen jungen und älteren Menschen auf den Weg zu bringen, in den Städten wie in den Gemeinden, und sich stärker nach den Bedürfnissen der wachsenden Anzahl von älteren Menschen auszurichten. Im Sinne des Respekts und der Wertschätzung jedes Lebensalters.

Annarita Montemaggiore
Generalsekretärin der Rentnergewerkschaft

Delegiertentreffen zum Schulstart

Schule in Zeiten von Covid und Green Pass: das war das Hauptthema beim Delegiertentreffen der Schulgewerkschaft, das vor Schulbeginn in der Messe Bozen stattgefunden hat.

Die rund 60 anwesenden Delegierten haben dabei die Herausforderungen erörtert, die die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts (die von allen gewünschte Unterrichtsform) mit sich bringt. Ausgehend vom rechtlichen Rahmen (der auf der Homepage der Schulgewerkschaft unter www.sgb-cislschule.it zu finden ist) sind die

wichtigsten Aspekte rund um den Green Pass für das Schulpersonal erörtert worden, von den Testmöglichkeiten und den Kosten über das Screening bis hin zu den Modalitäten der Überprüfung des Green Pass und Datenschutzfragen.

Darüber hinaus sind beim Treffen auch rein gewerkschaftliche Themen zur Sprache gekommen, wie etwa die komplexe Phase der Kollektivvertragserneuerung. Kürzlich hat das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art einen Inflationsausgleich

für den Zeitraum 2019-2021 erhalten. Damit ist nur einen Teil der zugesagten Erhöhungen gedeckt, in dieser Zeit zusätzliche Geldmittel aufzutreiben, ist äußerst schwierig.

Gesprochen wurde auch über die anstehenden Neuwahlen der Einheitlichen Gewerkschaftsvertretungen in den Schulen bis Jahresende und die Einmalzahlung für den Erwerb von informatischen Mitteln für das Lehrpersonal, welches seit zwei Jahren den Fernunterricht stemmt.

Schulgewerkschaft: Neues Sekretariat

Wechsel an der Spitze der Schulgewerkschaft im SGBCISL: Am 31. August hat der Generalrat **Hubert Kainz** zum neuen Landessekretär des SGBCISL Schulescuola gewählt.

Ins Sekretariat wurden zudem **Francesca Folli** (als stellvertretende Landessekretärin) sowie **Peter Pirhofer** gewählt.

Die Redaktion wünscht dem neuen Sekretariat gute Arbeit.



Hubert Kainz



Francesca Folli



Peter Pirhofer

Neues Bezirkssekretariat gewählt

Der Bezirk Meran/Vinschgau hat mit Hildegard Stecher, Claudia Gufler und Peter Pirhofer ein neues Sekretariat. Die Neuwahl erfolgte am 1. September. Die neue Bezirkssekretärin Hildegard Stecher folgt auf Walter Gasser, der ins Landessekretariat gewechselt hat. Mit ihr steht zum ersten Mal eine Frau dem SGB-CISL-Bezirk Meran/Vinschgau vor. Das SGBCISL-Team in den Sitzen Meran und Mals wird die gewerkschaftliche Arbeit und die Mitgliederbetreuung vor Ort mit Engagement weiterführen.



Das Bezirkssekretariat: Claudia Gufler, Hildegard Stecher, Peter Pirhofer

25 Jahre AFI - die Forschungseinrichtung für ArbeitnehmerInnen

Das Arbeitsförderungsinstitut AFI-IPL feiert im September 2021, coronabedingt mit Verzögerung, sein 25-jähriges Bestehen nach. Ein willkommener Anlass, diese Einrichtung vorzustellen.

Das Stimmungsbild der ArbeitnehmerInnen „AFI-Barometer“, verschiedene Forschungen zur Einkommensverteilung oder zu den Arbeitsbedingungen, Studien zur Frauenbeschäftigung, zu Wohnpolitik und Lehrlingsausbildung in Südtirol – die Forschungsergebnisse des AFI kennen viele Menschen in Südtirol aus den Medien. Doch was ist das AFI, und wozu braucht es dieses Institut?



Das AFI hat am 1. Jänner 1995 seine Arbeit aufgenommen. Eingerichtet wurde es 1992 per Landesgesetz mit dem Auftrag, Initiativen zu ergreifen, „die den Arbeitnehmern in beruflicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nützen, ohne dabei die Vertragsautonomie der Gewerkschaftsorganisationen zu beeinträchtigen“. Trägerorganisationen sind, abgesehen vom Land Südtirol, die Verbände KVW, ACLI und die vier Gewerkschaftsbünde.

Zu den gesetzlich vorgegebenen Initiativen gehören u.a.:

- › Untersuchungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet,
- › Stellungnahmen und Vorschläge zu Fragen der Ausrichtung der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik,

- › Durchführung von Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung von Arbeitnehmern (auch in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften),
- › Übersetzung von Gesetzen, Kollektivverträgen und Studien,
- › Stellungnahmen und Vorschläge zur Funktionsweise und zur Organisation der Arbeitsvermittlung, der Berufsausbildung sowie der Arbeitsmarktbeobachtung.

Das Arbeitsförderungsinstitut unterstützt also die Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialverbände mit wissenschaftlichem Know-how. Das ist wichtig, denn ohne dieses Fachwissen ist es für Interessenvertretungen, wie es Gewerkschaften sind, in bestimmten Bereichen sehr schwierig, Probleme in Gesellschaft und Arbeitswelt aufzuzeigen und Gegenvorschläge zu unterbreiten. Und es ist sehr wichtig, auf Daten und Studien einer „eigenen“ Forschungseinrichtung zurückgreifen zu können, Fragen aus dem „richtigen“ Blickwinkel zu erörtern und Themen von Arbeitnehmerinteresse selbst wissenschaftlich aufarbeiten zu können, die andernorts zu kurz kommen oder aus einem anderen Blickwinkel gesehen würden. So kann neben den Studien von WIFO oder Handelskammer auch eine zweite wissenschaftliche Stimme, jene der Arbeitnehmerseite, gehört werden.

Auf gesamtstaatlicher Ebene gibt es ebenfalls gewerkschaftliche und andere private Forschungseinrichtungen, eine der bekanntesten ist ADAPT. In Deutschland forscht die Böckler-Stiftung für den Deutschen Gewerkschaftsbund DGB. Gerade für Südtirol ist es aufgrund der

Autonomie und der übertragenen Zuständigkeiten des Landes unerlässlich, ein eigenes, unabhängiges Forschungsinstitut für Arbeitnehmerfragen zu haben, das zwar öffentlich finanziert, aber nicht politisch besetzt ist und in dem die Trägerorganisationen die Richtung vorgeben. Damit ist gewährleistet, dass das AFI auch „unangenehme“ Themen ansprechen und sozialen Anliegen Nachdruck verleihen kann. Darum verwehren sich Gewerkschaften und Sozialverbände gegen eine Privatisierung oder gar Abschaffung des AFI.

Das AFI leistet aber noch mehr: Es fördert die Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, es führt Umfragen durch, verbreitet Wissen über Tagungen, Kurse und Forschungsunterlagen, es bezieht Stellung zu Entwicklungen im Lande und erklärt sie aus Sicht der ArbeitnehmerInnen.

Es ist also schon etwas Besonderes, wenn das AFI nun sein 25jähriges Bestehen feiern kann. Für die soziale Entwicklung im Land ist es nur von Vorteil, wenn es so gut weiterarbeitet wie bisher und auch in der Öffentlichkeit präsent bleibt. Denn, so das Motto des AFI: „Wissen macht stark“.

Dieter Mayr
AFI-Präsident

Family Support – eine wertvolle Unterstützung für frischgebackene Familien

Im Burggrafenamt gibt es eine neue Initiative, ins Leben gerufen um Familien zu unterstützen, Überforderung vorzubeugen und Isolation zu verhindern.

Bei Family Support handelt es sich um ein Präventionsprojekt, welches sich zum Ziel setzt, Familien nach der Geburt des Kindes bis zum ersten Lebensjahr zu begleiten und bei den neuen Herausforderungen und der Überwindung von Hürden zu unterstützen.

Durchgeführt wird das Projekt von verschiedenen Stellen - im Sprengelgebiet Meran etwa von den Eltern-Kind-Zentren. Finanziell gefördert und unterstützt wird es von der Familienagentur, der Gemeinde Meran und der Stiftung Südtiroler Sparkasse.

Im Rahmen dieses Projektes wird es freiwilligen HelferInnen ermöglicht, im Regelfall für drei Monate, einen Vormittag in der Woche im Haushalt einer Familie mitzuhelfen. Die auszuführenden Tätigkeiten werden im Vorfeld direkt mit der Koordinatorin, der Familie und den Freiwilligen abgeklärt, beschränken sich jedoch keinesfalls auf einen Babysitter-Dienst oder gar einen Putzdienst.

Persönliche Unterstützung, etwa in hektischen Situationen präsent zu sein oder mit Rat und Tat bei „Baby-Problemen“ bereit zu sein, das Ziel, die frischgebackenen Eltern ein wenig zu entlasten, das steht hier im Vordergrund. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Kontinuität der Tätigkeit vorhanden ist. Im Normalfall betreut ein Freiwilliger/eine Freiwillige zur selben Zeit nur eine Familie - so kann auch ein persönlicher Bezug hergestellt werden.

Um sich am Projekt „Family Support“ als ehrenamtliche/r HelferIn zu beteiligen, braucht es keinerlei



Foto: © fesenko - stock.adobe.com

bildungstechnische oder berufliche Voraussetzungen oder Vorerfahrungen. Viel wichtiger ist die persönliche Eignung – Eigenschaften wie Feingefühl, Empathie und Offenheit etwa. Der/die HelferIn ist zudem unfall-, haftpflicht- und rechtsschutzversichert und bekommt eine Spesenrückerstattung für etwaige anfallende Kosten. Der Green Pass ist derzeit noch keine Voraussetzung für die Mitarbeit am Projekt, die genauen Sicherheitsvorkehrungen werden im Rahmen der Tätigkeit mit den Familien abgesprochen. Das Tragen der Atemschutzmaske und die allgemeinen Hygieneregeln werden natürlich vorausgesetzt.

Im Vorfeld wird ein Treffen zwischen Freiwilliger/m und den Familien organisiert, welches von der Koordinatorin des Projektes begleitet wird, damit sich beide Seiten kennenlernen können. Die Freiwilligen erhalten zudem eine Einstiegsschulung, um die Prinzipien und die Werte des Projektes kennenzulernen. Zudem

finden drei monatliche Nachbereitungstreffen statt, wo über das Erlebte diskutiert, Neues gelernt und Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Besonders jetzt stellt dieses Projekt eine gute Möglichkeit dar, gestressten oder stark belasteten Familien kostenlos eine Unterstützung zu bieten. Die Freiwilligen und die Familien haben so auch Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und vielleicht auch neue Freundschaften zu finden.

Interessierte aus dem Raum Burggrafenamt können sich unter meran@family-support.it melden oder sich direkt an die Projektverantwortliche Frau Lutz (347 2716271) wenden. Freiwillige aus anderen Bezirken können sich unter der Nummer 371 1663433 melden bzw. informieren.

Unser Blick auf Neumarkt

Wir richten unseren Blick auf Neumarkt, auf Projekte und Dienste für die Bevölkerung, die während der Pandemie eingebremst worden sind. Wir haben Bürgermeisterin Karin Jost getroffen, um Punkte zu erörtern, die für uns wichtig sind.



Neumarkt ist der verwaltungsmäßige und kulturelle Mittelpunkt des Bezirks Überetsch-Unterland, obwohl Leifers und Eppan bevölkerungsmäßig größer sind. In Neumarkt befinden sich auch unsere Büros, vom Steuerdienst über das Patronat bis hin zu den Fachgewerkschaften im SGBCISL.

Aufgrund der Pandemie mussten Vorhaben gestoppt werden, die einen Ausbau der Dienste für die Bevölkerung und mehr Raum für die Tätigkeit der Vereine gebracht hätten. Als SGBCISL hatten wir die Bedürfnisse und Anregungen der Einwohner Neumarkts, und auch der Nichtansässigen, vor- und weitergebracht.

Da wir keine Rückmeldungen mehr zum Stand der verschiedenen Vorhaben hatten, haben wir uns direkt an Bürgermeisterin Karin Jost gewandt, die uns bei einem Treffen zu den wichtigsten Projekten und Punkten Rede und Antwort gestanden hat:

› **Kinderhort:** Für den Herbst steht der Ausbau der Räumlichkeiten des Kinderhorts der Stiftung Griesfeld an, vorgesehen sind weitere 7 Hortplätze (derzeit sind es 18). Das Angebot kommt so auch der Nachfrage von Bürgern der angrenzenden Gemeinden entgegen. Die Arbeiten sollten Anfang 2022 abgeschlossen sein.

› **Unterirdische Turnhalle und Mensa im Schulzentrum:** Im Herbst wird auch das Projekt für die neue Turnhalle im Schulzentrum vorgestellt, die von den italienischen und den deutschen Schulen als auch von den vielen

Sportvereinen außerhalb der Unterrichtzeiten genutzt werden soll. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die deutsche Schule derzeit über keine angemessene Turnhalle verfügt. Die neue Mensa im Schulzentrum wird 200-250 Kindern Platz bieten, die dort gestaffelt ihr Mittagessen einnehmen werden. Baubeginn soll innerhalb 2022 sein.

› **Familienzentrum:** Ende September/Anfang Oktober findet die Einweihung des ersten Familienzentrums in Südtirol statt, das von der Gemeinde mit finanzieller Unterstützung des Landes gebaut wird. Darin finden die Dienste und Tätigkeiten der Vereine VKE, KFV und des ELKI Platz. Zudem ist ein Saal für verschiedene Vereinigungen vorgesehen.

› **Erweiterung des Altersheims Griesfeld:** Angesichts der großen Nachfrage nach Einzelzimmern vonseiten der Heimbewohner ist eine Machbarkeitsstudie zu einer Erweiterung in Auftrag gegeben worden. Wegen der hohen Kosten sucht die Gemeinde weitere, externe Finanzierungen, um die 24-Stunden-Betreuung der Heimgäste und ihren persönlichen Bereich bzw. eine private Rückzugsmöglichkeit zu gewährleisten.

Beim Treffen sind auch Fragen rund um die Covid-Pandemie erörtert worden. Laut Einschätzung von Bürgermeisterin Jost erholt sich das allgemeine wirtschaftliche Leben in Neumarkt. Sie hat zudem darauf verwiesen, dass die Gemeinde, zusätzlich zu den 28.000 Euro an staatlichen

Unterstützungen, weitere 28.000 Euro an Aufstockung bereitgestellt hat, um eine nachhaltige und spürbare Unterstützung zu geben.

Die gute Zusammenarbeit zwischen und mit den Verbänden und Vereinen hat auch zur Entstehung der zuvor angeführten Projekte für Senioren, Jugendliche und Personen mit Migrationshintergrund geführt, um Kultur und Integration zu fördern. Die Nutzung verschiedener Strukturen vor Ort erlaubt es, dieses Angebot auszubauen.

Wir als SGBCISL sind überzeugt, dass diese Projekte alsbald verwirklicht werden sollten, um den Bedürfnissen der Bürger zu entsprechen.

Deshalb werden wir die Umsetzung mit Interesse verfolgen und auch zukünftig den konstruktiven Austausch mit der Gemeindeverwaltung suchen.

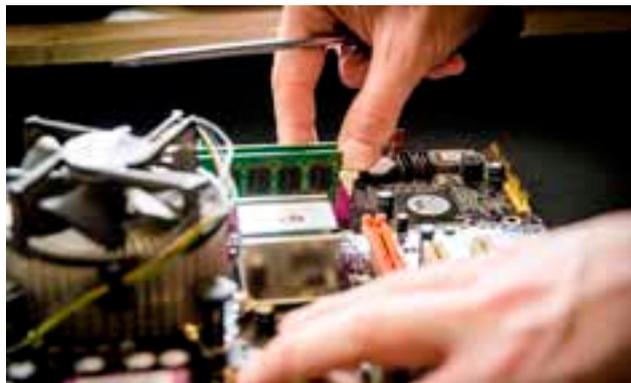
Dabei möchten wir auch verschiedene Aspekte der Arbeitswelt erörtern und frauenspezifische Anliegen thematisieren, wie den Beirat für Chancengleichheit, der auch das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt angeht.

Wir bewerten dieses Treffen positiv und vertrauen darauf, die Bürgermeisterin regelmäßig zu treffen, um gemeinsam den Fortschritt der verschiedenen Vorhaben und Projekte bewerten zu können, im Sinne eines konstruktiven Dialogs und gegenseitiger Wertschätzung.

Maurizio Cultraro, Michaela Grasberger
Bezirkssekretariat Bozen Unterland

Wiederverwenden und Reparieren im Eisack- und Pustertal

In den letzten Jahren sind im Eisack- und Pustertal Initiativen entstanden, die es uns allen ermöglichen, nicht nur Ressourcen zu schonen, sondern dabei auch noch Geld zu sparen.



Das Thema Klimawandel ist aktuell in aller Munde, nicht zuletzt wegen der Extremwetterereignisse im Mittelmeerraum, in Deutschland und auch bei uns. Es mangelt nicht an Aufrufen dazu, CO₂-Emissionen einzusparen und generell einen nachhaltigeren Lebensstil anzustreben. Das kann oft überfordern und dazu führen, dass man nicht mehr weiß, wo man damit konkret als Einzelner eigentlich anfangen soll und kann. Ein wichtiger Aspekt dieser ganzen Diskussion ist jener der Ressourcenschonung, und genau dieses Themas haben sich nun einige Initiativen im Eisack- und Pustertal angenommen: Sie haben Angebote geschaffen, die leicht und unkompliziert zugänglich sind und die dabei helfen können Ressourcen zu schonen, gleichzeitig aber auch Spaß machen und durch die man bares Geld sparen kann.

In Klausen gibt es z.B. am Recyclinghof einen sogenannten „Wiederverwendungscontainer“. Dabei handelt es sich um einen Container, der links vor dem Eingang zum Recyclinghof steht und in dem man Gegenstände, die nicht mehr benötigt werden, die aber noch in gutem

Zustand sind, ablegen kann. Gleichzeitig kann man dort kostenlos alles mitnehmen, was man selbst braucht (Haushaltsgegenstände, kleine Elektrogeräte, Spielsachen, Bücher, und vieles mehr).

In eine ähnliche Richtung geht das Projekt „REX – Material und Dinge“ in Brixen. Es handelt sich dabei um eine große Halle in der Ex-Schenoni-Kaserne, wo ebenfalls alles abgegeben werden kann, was nicht mehr benötigt wird, vom Wasserglas über Spielzeug und Elektrogeräten bis hin zu Möbeln und Einrichtungsgegenständen sowie Bastelmaterialien. Die Gegenstände werden dann gegen eine Spende für die Finanzierung des Projekts wieder abgegeben.

Ein vieldiskutiertes Thema in diesem Zusammenhang ist auch jenes, dass zu viele Gegenstände zu Müll werden, da es sich angeblich nicht mehr „auszahlt“ sie zu reparieren. Dieses Problems nehmen sich die sogenannten „Repaircafès“ an, Veranstaltungen, bei denen gemeinsam repariert wird. Das Prinzip ist einfach: Vor Ort sind Personen, die über das notwendige Know-how und die

Fähigkeiten verfügen, verschiedenste Dinge zu reparieren. Diese Fähigkeiten bieten sie dort ehrenamtlich an, um gemeinsam mit den Besucherinnen und Besuchern zu versuchen, kaputte Gegenstände, die die Besucher mitbringen, vor Ort zu reparieren. Die Liste der Gegenstände, die auf diesen Veranstaltungen in den letzten Jahren repariert wurden, ist lang, darunter Alltagsgegenstände aller Art, Elektrogeräte, Laptops, Computer, Smartphones, Kleidung, Schuhe, Fahrräder und vieles mehr. Veranstaltungen dieser Art gibt es mittlerweile regelmäßig in Brixen, Welsberg, Olang, Toblach und St. Lorenzen.

Für weitere Infos und Termine:

- › REX in Brixen: www.rex-bx.it
- › Repaircafè Brixen: www.oew.org/repaircafe
- › Repaircafès im Pustertal: www.biwep.it
- › Generell zu Repaircafès: www.repaircafe.org

Josef Untermarzoner
SGBCISL Brixen

Das neue einheitliche Familiengeld kommt...

...aber später als ursprünglich geplant. Was dies für die Familien bedeutet.

Der Plan

Die italienische Regierung hat beschlossen, den Bereich der Familiengelder neu zu regeln. Durch immer neue Formen von Unterstützung an die Familien ist diese Materie sehr kompliziert und unübersichtlich geworden.

Ein neues „einheitliches Familiengeld“ soll Einheit, Ordnung und Klarheit schaffen. Das Familiengeld soll universell sein, d.h. es soll nicht mehr vom Arbeitsstatus der Person abhängen. Der zustehende Betrag wird mittels ISEE (die staatsweit verwendete Ermittlung des Familieneinkommens und -vermögens) ermittelt.

Zustehen wird das Geld ab dem 7. Monat der Schwangerschaft und bis zum Alter von 18 Jahren der Kinder; in manchen Fällen aber auch bis zum Alter von

21 Jahren der Kinder (wenn diese SchülerInnen, StudentInnen, arbeitslos oder GeringverdienerInnen sind).

Folgende bisher bestehenden Leistungen sollen - über kurz oder lang - durch die neue Leistung ersetzt werden:

- › Familienzulage
- › Steuerfreibeträge
- › Geburtenprämie „Bonus Mamma“
- › Geburtengeld „Baby Bonus“
- › Das staatliche Familiengeld für Familien mit mindestens drei minderjährigen Kindern

Das Landesfamiliengeld und Landeskindergeld, die es nur in Südtirol gibt, sind von dieser Reform nicht betroffen. Sie werden weiterhin in der bekannten Form beantragt und ausbezahlt.

Wann kommt das „Einheitliche Familiengeld“?

Das neue „Einheitliche Familiengeld“ sollte ursprünglich schon ab 1. Juli 2021 in Kraft treten. Aus zeitlichen Gründen wurde der Beginn jedoch auf den 1. Jänner 2022 verschoben.

Was passiert bis dahin?

Inzwischen bleiben alle oben angeführten Leistungen in Kraft.

Familien, die bisher die Familienzulage bezogen haben

Diese können für den Zeitraum von 1. Juli 2021 bis 31. Dezember 2021 noch einmal in der gewohnten Weise darum ansuchen. Das sind vor allem die Lohnabhängigen (Auszahlung über den Lohnstreifen) und die Personen, die das Arbeitslosengeld beziehen (Auszahlung direkt vom INPS zusammen mit dem Arbeitslosengeld).

Die bisherigen Beträge der Familienzulage wurden für diese sechs Monate aufgestockt:



- › um monatlich 37,5 Euro pro Kind für Familien mit bis zu zwei Kindern
- › bzw. um monatlich 55 Euro pro Kind für Familien mit drei oder mehr Kindern.

Familien, welche bisher vom Bezug der Familienzulage ausgeschlossen waren

Diese können für denselben Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis 31. Dezember 2021 ein „Überbrückungsfamiliengeld“ beantragen. Dieses sind vor allem Familien von Selbstständigen und nicht beschäftigten Personen. Diese Familien dürfen einen ISEE-Wert von 50.000 € nicht überschreiten.

Bei einem ISEE-Wert bis zu 7.000 € wird der volle Betrag ausbezahlt:

- › 167,50 € pro Kind bei ein oder zwei Kindern

- › bzw. 217,80 € pro Kind bei drei oder mehr Kindern.
- › Für jedes Kind mit Behinderung wird der Betrag um 50 € erhöht.

Bei einem ISEE-Wert von mehr als 7.000 € verringern sich die zustehenden Beträge.

Wenn der Antrag bis zum 30. September 2021 gestellt wird, wird das „Überbrückungsfamiliengeld“ rückwirkend ab 1. Juli 2021 ausbezahlt. Wenn der Antrag zwischen Oktober 2021 und Dezember 2021 gestellt wird, erfolgt die Auszahlung erst ab dem Monat der Antragstellung und bis Dezember 2021.

Was passiert später?

Wenn die Regierung ihren Plan einhält, werden ab Jänner alle Familien, die die Voraussetzungen erfüllen, das neue „einheitliche Familiengeld“ beantragen können. Voraussichtlich wird es nötig sein, vor der eigentlichen Antragstellung die ISEE-Erklärung für die Familie abzufassen.

Für viele Familien in Südtirol bringt dies eine Doppelgleisigkeit mit sich: Für den Zugang zu den lokalen Sozialleistungen (Landesfamiliengeld, Landeskindergeld, Studienstipendien, u.a.m.) werden Einkommen und Vermögen der Familie weiterhin mittels EEVE erklärt. Um das staatliche, einheitliche Familiengeld ab 2022 zu beziehen, muss hingegen die ISEE vorgelegt werden, und darum werden viel mehr Familien als bisher auch diese Einkommens- und Vermögenserklärung abfassen müssen.

Für alle Details müssen noch die Regierungsdekrete und die Rundschreiben des INPS abgewartet werden.

Erneuerung Landeskindergeld



Foto: © lilo - stock.adobe.com

Ab September 2021 kann um die Verlängerung des Landeskindergeldes (ehem. regionales Familiengeld) für das Jahr 2022 angesucht werden.

Wichtig: Für diese Leistung muss die EEVE-Erklärung vorgelegt bzw. abgefasst werden. Die Liste der notwendigen Unterlagen ist auch auf unserer Internetseite www.sgbcisl.it zu finden und mittels diesem QR-Code aufrufbar.



Tipp: Rechtzeitig an die ISEE denken!



Foto: @ehrenberg-bilder - stock.adobe.com

Für das neue, einheitliche staatliche Familiengeld („assegno unico“) ab 2022 ist die ISEE-Erklärung erforderlich. Da sehr viele Familien um diese Leistung ansuchen werden, und um lange Wartezeiten zu vermeiden, empfehlen wir, den Termin für die Abfassung der ISEE für das Jahr 2022 bereits im Dezember vorzumerken.

Rudolf Nöckler
Patronat INAS Brixen

Unterstützungsleistung für Frauen, die Opfer von Gewalt sind



Eine neue Leistung („reddito di libertà“) gibt es seit Juli für Frauen, die Opfer von Gewalt sind und von den Sozialdiensten und einer von der Region anerkannten Einrichtung (Kontaktstellen gegen Gewalt/Frauenhäuser) betreut werden. Die Unterstützung beträgt monatlich 400 Euro für ein Jahr. Ziel der Maßnahme ist es, die Unabhängigkeit der Frauen zu fördern und die Folgen der Coronakrise zu mildern. Die Anträge müssen an das INPS gerichtet werden.

Wir begrüßen diese Maßnahme als einen wichtigen Schritt und eine konkrete Unterstützung für die betroffenen Frauen.

Deine Rechte als Verbraucher/In

Ich bekam eine SMS, in der ich dazu aufgefordert wurde, eine Grüne Nummer zu kontaktieren, um eine Unregelmäßigkeit in Zusammenhang mit meiner Kreditkarte zu überprüfen. Ich wurde aufgefordert den Code mitzuteilen, den ich gerade per SMS zugeschickt bekommen hatte. Das habe ich gemacht und somit einer Abbuchung über mehr als 1000 Euro eingewilligt.

Es handelt sich hier leider um eine sogenannte „OTP-Betrügerei“. OTP steht für „One-Time-Password“ also „Einmal-Passwort“ und bezeichnet einen Code, der häufig bei digitalen Zahlungen per Kreditkarte oder Onlinebanking zum Abschluss der Transaktion benötigt wird. Er wird über SMS zugeschickt oder über andere Systeme erst im Moment der Zahlung generiert. Solche OTPs benötigt man nur, wenn man Geld ausgeben möchte, nicht aber, um etwa Geld zu erhalten oder Überprüfungen durchzuführen.

Diese Passwörter dürfen auf keinen Fall weitergegeben werden! Unabhängig davon, ob sie anscheinend vom Gesprächspartner geschickt wurden und ganz egal wer anruft, schreibt, simst oder Whatsppt: OTPs werden nicht weitergeleitet. Keine Bank, kein Kreditkarteninstitut oder sonstige vertrauenserweckende Institution wird danach fragen: der einzige Ort, an dem das OTP verwendet wird, ist die – schon geöffnete - Website für die Zahlung des Onlinekaufs, oder die Seite des Onlinebankings.

Sollten Sie dennoch Opfer eines OTP-Betrugs geworden sein, erstatten Sie Anzeige und reichen Sie eine Beschwerde bei Ihrem Finanzdienstleister ein.

Weitere Informationen zu diesem Themen finden Sie hier:

https://www.euroconsumatori.org/de/gefahren_im_netz_phishing

Rubrik in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen EVZ und EVZ

Der nützliche Begleiter für Lehrlinge



Der Lehrlingskalender 2021/2022 ist da! Auch heuer hat das AFI wieder seinen bekannten Ratgeber und nützlichen Begleiter für Lehrlinge herausgegeben.

Der Lehrlingskalender wird in den Berufsschulen verteilt. Online ist er unter der AFI-Homepage www.afi-ipl.org zu finden, wo die Informationen laufend aktualisiert werden.

Für genauere Informationen und spezifische arbeitsrechtliche Beratung können sich die Jugendlichen an unsere Büros wenden.

Freizeitverein „ETSI“- Jetzt wirklich zweimal in Bozen

Gemeinsam sind wir stärker! Und Zusammenarbeit bringt bessere Ergebnisse.

Trotz der langen Pandemie-Monate sind wir immer mit unseren Mitgliedern in Kontakt geblieben. Ab April hat die Tätigkeit wieder zugenommen und wir haben wieder einige Initiativen durchführen können, wie etwa die donnerstäglichen Wanderungen der Gruppe „Camminiamo“ und die verschiedenen Meeraufenthalte in Alba Adriatica, Cattolica, Apulien und Sardinien. Die Anzahl der teilnehmenden Personen ist dabei ständig gestiegen, wohl auch wegen der grünen Bescheinigung (Green Pass), der den Personen mehr Sicherheit und Zuversicht gegeben hat.

Wir sind dabei, eine Kulturfahrt nach Cinque Terre und Genua mit Besichtigung des Aquariums und der Escher-Ausstellung zu organisieren. Es folgen im November die traditionelle kulinarische Fahrt sowie zwei Thermalaufenthalte in Abano Terme mit 7 und 13 Übernachtungen.

Derzeit haben wir 284 Mitglieder, denen wir von Herzen für ihre Unterstützung danken.

Konkret wird nun ein neues Projekt zur Ausweitung unserer Tätigkeit in Bozen in Zusammenarbeit mit der Rentnergewerkschaft, das eigentlich schon im Vorjahr hätte starten sollen: Ab September 2021 wird unser Freizeit- und Kulturverein den Sitz der Rentnergewerkschaft in Oberau für seine täglichen Aktivitäten nutzen können. Am Vormittag steht der Sitz offen für alle, die einen Kaffee trinken oder eine Tageszeitung lesen möchten, zusätzlich werden verschiedene Kurse in den Bereichen Sport/Bewegung, Kultur, Informatik und Freizeitgestaltung



Der Sitz der Rentnergewerkschaft in der Bozner Claudia-Augusta-Straße, wo jetzt auch das ETSI vertreten ist.

organisiert. Die Reisen werden selbstverständlich ein Teil des ETSI-Angebots bleiben.

Wir informieren zudem, dass das Büro im SGBCISL-Sitz in der Siemensstraße 23 in Bozen weiterhin als Anlaufstelle für alle Interessierten geöffnet ist. Dort werden auch MitarbeiterInnen der Rentnergewerkschaft FNP anwesend sein, um ein breites Angebot an Diensten für alle anzubieten.

Franco Munerato
Präsident ETSI Provinciale Aps

**Die
Kontakte
sind
unverändert:**

Etsi Provinciale Aps:

Siemensstraße 23
0471 568476
etsi@sgbcisl.it

Fnp Rentnergewerkschaft

Siemensstraße 23
0471 568475

Fnp Oberau

Claudia-Augusta-Straße 66
0471 284532
fnp.oltrisarco@sgbcisl.it

Solidarität für...

die Opfer der Unwetterschäden

In diesem Sommer hat das Wetter für Schlagzeilen gesorgt und dramatische Bilder geliefert: verheerende Flutkatastrophe mit überschwemmten Dörfern in Deutschland, Rekordhitze und brennende Wälder in Südeuropa, Hagelschäden und Überflutungen in Norditalien. Auch Südtirol war ortsweise von Überschwemmungen und Erdbeben infolge von Gewittern und Starkregen betroffen.

Diese Unwetter haben immense Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Aufräumarbeiten und Wiederaufbau erfordern Zeit, Einsatz und sehr viel Ressourcen. Schwer wiegen vor allem die vielen Todesopfer,

über 180 allein in Deutschland, und die Schicksale der Menschen, die alles verloren haben.

Über den Treibhauseffekt nehmen wir Menschen direkt Einfluss auf das Klima, so die Wissenschaft, beschleunigen und verschärfen die Klimaveränderungen und sind auch für Extremwetterereignisse mitverantwortlich. Diese Katastrophen sollten uns eine Mahnung sein und ein Auftrag, unsere Bemühungen für den Umwelt- und Klimaschutz zu verstärken. Es geht um unseren Lebensraum.

HAUPTSITZ

Bozen

Siemensstraße 23
Tel. 0471 568400
info@sgbcisl.it

BEZIRKE

Bozen/Unterland

Bozen

Mailandstraße 121/A
Tel. 0471 204 602

Leifers

Weissensteiner Straße 1
Tel. 0471 952 692

Neumarkt

Rathausring 19
Tel. 0471 812 139

Eisack/Rienz

Brixen

Großer Graben 7
Tel. 0472 836 151
brixen@sgbcisl.it

Bruneck

Stegener Straße 8
Tel. 0474 375 200
bruneck@sgbcisl.it

Sterzing

Gänsbacherstraße 33
Tel. 0472 766 640

Meran/Vinschgau

Meran

Meinhardstraße 2
Tel. 0473 230 242
info.me@sgbcisl.it

Mals

General-Verdross-Str. 45
Tel. 0473 831 418